Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0262/2010
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	06.07.2010	Beratung
Haupt- und Finanzausschuss	08.07.2010	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	13.07.2010	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Änderung der Archivbenutzungssatzung

Beschlussvorschlag:

Der III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Benutzung des Stadtarchivs Bergisch Gladbach (Archivbenutzungssatzung) wird zugestimmt.

Sachdarstellung / Begründung:

Durch die gestiegene Bedeutung digitaler Medien, durch das Personenstandsrechtsreformgesetz vom 19. Februar 2007 und durch die Neufassung des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 16. März 2010 haben sich seit der Formulierung der gegenwärtig geltenden Archivbenutzungssatzung der Stadt Bergisch Gladbach rechtliche Rahmenbedingungen und konkrete Arbeitsabläufe im Stadtarchiv Bergisch Gladbach verändert. Die vorgeschlagene III. Nachtragssatzung zur Archivbenutzungssatzung sucht diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Die §§ 1 bis 3 der vorgeschlagenen III. Nachtragssatzung erfüllen größtenteils den Zweck, die Bestimmungen der Archivbenutzungssatzung an die geänderten Bestimmungen und Formulierungen der Neufassung des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 16. März 2010 anzupassen. Nach § 6, Abs. 1 des Archivgesetzes hat jede Bürgerin und jeder Bürger „das Recht, Archivgut auf Antrag zu nutzen“. Dieses allgemeine Recht soll durch die in § 1, Abs. 3 der Nachtragssatzung festgelegte, auch bisher schon praktizierte Kostenfreiheit der Einsichtnahme in Archivgut unterstützt werden. Die Bestimmungen in § 1, Abs. 2 und § 4 dienen dem Zweck, die Originale der Archivalien durch die Benutzung vorhandener Mikrofilme und Digitalisate zu schonen und damit zur Bestandserhaltung beizutragen. Im Unterschied zu der bisherigen Fassung der Archivbenutzungssatzung nennen sie neben Mikrofilmen nun ausdrücklich auch Digitalisate.

Die Absicht, die der Stadt Bergisch Gladbach nach dem Archivgesetz Nordrhein-Westfalen obliegende Pflicht zur Erhaltung ihres Archivgutes durch die Schaffung von Anreizen zur Nutzung von Mikrofilmen und Digitalisaten zu unterstützen, liegt auch der Gestaltung der Gebührensätze nach § 5 der Nachtragssatzung zugrunde. Die Gebühren für Fotokopien aus oder von Archivalien, die nach der alten Fassung 0,50 Euro für Kopien DIN A 4 und 0,75 Euro für Kopien DIN A 3 betragen, sollen einheitlich auf 1,00 Euro angehoben werden, um den Zugriff auf die Originale zu begrenzen. Dafür soll die Gebühr für Rückvergrößerungen von Mikrofilmen, die bisher der Gebühr für Kopien entsprach, auf einheitlich 0,50 Euro gesenkt werden. Auch die Gebühr für die Bereitstellung digitaler Bilddateien wird von bisher 2,00 Euro auf 1,00 Euro gesenkt. Die Bereitstellung von Repronegativen wird nicht mehr angeboten, da Repros inzwischen ausschließlich digital bereitgestellt werden.

Die Grundgebührrregelungen in § 5, Abs. 1b und 1d sind aus der alten Fassung der Archivbenutzungssatzung übernommen und zielen insbesondere auf die Bereitstellung von Zeitungsrückvergrößerungen für private Zwecke und für die Bereitstellung von Fotodateien. Neu sind Gebührensätze für die Bereitstellung von Audio- und Videodateien, die im Stadtarchiv erst in den letzten Jahren durch die Digitalisierung von Tonbändern, Tonkassetten, Filmen und Videobändern entstanden sind. Wie bei Fotodateien auch, sind vor der Bereitstellung in der Regel zunächst Fragen des Urheber- und Verwertungsrechts zu klären. Dem hohen Erstellungsaufwand entsprechend wird die Gebühr für Fotoausdrucke auf Fotopapier von bisher 4,00 Euro auf 5,00 Euro angehoben.

Nach der Übernahme von Zivil- und Personenstandsunterlagen im vergangenen Jahr hat im Stadtarchiv die Benutzung zu familienkundlichen Zwecken zugenommen. Die Grundgebühr für Fotokopien nach § 5, Abs. 2a dient zum einen dem Schutz der Originalregister, zum anderen orientiert sich die Gesamtgebühr von 10,00 Euro für eine beglaubigte Kopie (Grundgebühr 6,00 Euro zuzüglich 1,00 Euro für die Kopie und 3,00 Euro für die

Beglaubigung) an den landeseinheitlichen Gebührensätzen des Standesamtes. Der Gebührensatz für die Beantwortung privater familienkundlicher Anfragen orientiert sich am Gebührensatz für schriftliche Auskünfte nach Ziffer 3 des Gebührentarifs zur Verwaltungsgebührensatzung; für kommerzielle Nachlass- oder Erbenermittlungsanfragen wird der doppelte Satz vorgeschlagen.

Die Ausnahmeregelungen nach § 5, Abs. 3 präzisieren die allgemeinen und in der Praxis schlecht handhabbaren Bestimmungen der alten Archivbenutzungssatzung und weiten sie auf definierte Nutzergruppen und Nutzungszwecke aus. Die Möglichkeit zur Befreiung von Gebühren bei der selbstständigen Anfertigung digitaler Reproaufnahmen nach § 5, Abs. 3c soll in Verbindung mit der in § 5, Abs. 1e festgelegten Grundgebühr beim Vorhandensein von Mikrofilmaufnahmen oder Digitalisaten dazu beitragen, archivfachlich verwendbare Digitalisate zu generieren und den Zugriff auf die Originale zu begrenzen. Die Höhe der Grundgebühr nach § 5, Abs. 1e orientiert sich dabei an der Grundgebühr nach § 5, Abs. 1b.

Insgesamt sind die Gebühren so gestaltet, dass aus Sicht des Benutzers Reproduktionen vom Mikrofilm oder vom Digitalisat in der Regel günstiger sind als der Rückgriff auf das Original. Von Original-Zeitungsbänden wird die Anfertigung von Fotokopien generell nicht zugelassen. Die Neufassung der Archivbenutzungssatzung trägt so zur Erhaltung der Originale bei. In Verbindung mit dem sich stetig vermehrenden Angebot des Stadtarchivs an Mikrofilmaufnahmen und Digitalisaten wird durch die Nutzung insbesondere von Fotos, Zeitungen und familienkundlichen Quellen auch eine Erhöhung des Gebührenaufkommens erwartet.

Um einen Vergleich zu ermöglichen, wird im Folgenden § 8 der gegenwärtig geltenden Archivbenutzungssatzung wiedergegeben:

„§ 8 Gebühren

- (1) Für besondere Leistungen des Stadtarchivs werden nach der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren und dem Gebührentarif der Stadt Bergisch Gladbach in der jeweils geltenden Fassung Gebühren erhoben. Abweichend davon werden folgende Verwaltungsgebühren erhoben:
a)	für Fotokopien aus oder von Archivalien	
	DIN A 4 pro Seite	0,50 Euro
	DIN A 3 pro Seite	0,75 Euro
b)	für Reader-Printer-Rückvergrößerungen von Mikrofilmen	
	DIN A 4 pro Seite	0,50 Euro
	DIN A 3 pro Seite	0,75 Euro
	Grundgebühr für Rückvergrößerungen, soweit sie nicht Forschung oder Lehre dienen, pro Film	10,00 Euro
c)	für die Erstellung von fotografischen Reproaufnahmen (Negative ohne Entwicklung und Vergrößerung) oder die Bereitstellung digitaler Bilddateien pro Aufnahme	2,00 Euro
	Grundgebühr pro Auftrag	4,00 Euro
d)	für den Ausdruck digitaler Bilddateien auf Kopierpapier pro Ausdruck (bis DIN A 4)	3,00 Euro

- auf Fotopapier pro Ausdruck (bis DIN A 4) 4,00 Euro
- e) für die Genehmigung zur selbstständigen Anfertigung analoger oder digitaler Repraufnahmen 2,00 Euro
pro Aufnahme
- (2) Für das Recht der Wiedergabe einer Archivalie in einer Publikation, im Internet oder in anderer Form wird eine Gebühr von 10,00 Euro pro Archivalie erhoben.
- (3) Die Gebühren nach Abs. 1 können für Schüler und Studenten um die Hälfte ermäßigt werden.
- (4) Die Gebühren nach Abs. 2 können ermäßigt oder erlassen werden, wenn die Reproduktion im Interesse der Stadt Bergisch Gladbach liegt.“

Verbindung zur strategischen Zielsetzung

Handlungsfeld:	11 Kultur 11.1 Bergisch Gladbach hat eine lebendige und vielfältige Kulturszene mit regionaler und überregionaler Bedeutung, die die Bürgerinnen und Bürger anspricht.
Mittelfristiges Ziel:	Das Archivgut wird nach archivfachlichen Methoden erhalten, erschlossen und nutzbar gemacht.
Jährliches Haushaltsziel:	004.470.010 Erhaltung, Erschließung und
Produktgruppe/ Produkt:	Nutzbarmachung von Archivgut

Finanzielle Auswirkungen

<u>1. Ergebnisrechnung/ Erfolgsplan</u>	laufendes Jahr	Folgejahre
Ertrag		3.500 Euro
Aufwand		
Ergebnis		
<u>2. Finanzrechnung</u> (Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO)/ <u>Vermögensplan</u>		
	laufendes Jahr	Gesamt
Einzahlung aus Investitionstätigkeit		
Auszahlung aus Investitionstätigkeit		
Saldo aus Investitionstätigkeit		

Im Budget enthalten	ja nein siehe Erläuterungen